

*CEuS Working Paper 2004/2*

**Europäisierung nationaler Europawahlen?  
Die Programme für die Wahl der deutschen  
Abgeordneten des Europäischen Parlaments  
am 13. Juni 2004**

Helle Rebecca Brosig Dipl.-Pol.

**Jean Monnet Centre for European Studies (CEuS)**

University of Bremen  
SFG, Enrique-Schmidt-Strasse 7  
D – 28359 Bremen  
Phone +49 – 421 – 218-9037  
Fax +49 – 421 – 218-9143





*CEuS Working Paper 2004/2*

**Europäisierung nationaler Europawahlen?  
Die Programme für die Wahl der deutschen  
Abgeordneten des Europäischen Parlaments  
am 13. Juni 2004**

Helle Rebecca Brosig Dipl.-Pol.

# Inhalt

I.	Einleitung	6
II.	Die Europawahl-Programme der deutschen Parteien	10
1 a.	Sozialdemokratische Partei Europas	10
1 b.	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	11
2 a.	Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten	12
2 b.	Christlich Demokratische Union	14
2 c.	Christlich Soziale Union	16
3.	Bündnis 90 / Die Grünen – European Greens	17
4 a.	European Liberal Democrats and Reformers	20
4 b.	Freie Demokratische Partei	22
5 a.	Europäische Linke	25
5 b.	Partei des Demokratischen Sozialismus	26
6.	Die Republikaner	29
7.	Die Tierschutzpartei	30
8.	Die Grauen – Graue Panther	31
9.	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	32
10.	Die Frauen	33
11.	Ökologisch-Demokratische Partei	35
12.	Deutsche Kommunistische Partei	36
13.	Deutsche Partei	37
14.	Partei für soziale Gerechtigkeit	37
15.	Weitere Parteien	38
III.	Europawahlkampf-Praxen 2004	39
	Quellen	43



# **Europäisierung nationaler Europawahlen?**

## **Die Programme für die Wahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 13. Juni 2004**

Helle Rebecca Brosig Dipl.-Pol., Juni 2004

### **I. Einleitung**

Vor dem Hintergrund des Beitritts von zehn neuen Ländern in Ost- und Südeuropa erscheint die Idee von einem vereinten, friedlichen Europa ihrer Vollendung einen Schritt näher gekommen zu sein. Auch wenn Millionen Menschen die Erweiterung am 1. Mai 2004 feierten erfreuen sich die Institutionen der Europäischen Union jedoch eines nur begrenzten Interesses, insbesondere wenn man von der sinkenden Wahlbeteiligung an den Europawahlen ausgeht: zwischen dem 10.-13. Juni 2004 gingen lediglich 45,5 % der wahlberechtigten 342 Millionen Bürger/innen zu den Urnen. Dabei hat der Verfassungsentwurf für das Europäische Parlament den Anwendungsbereich für Mitentscheidungsrechte von 45 auf 84 fallspezifische Handlungsermächtigungen<sup>1</sup> ausgedehnt<sup>1</sup>, womit der bereits mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1986 beschlossene und mit den Verträgen von Maastricht (1991) und Amsterdam (1997) fortgesetzte Kurs, dem Parlament mehr Rechte einzuräumen, bestätigt wurde (Rittberger 2003).

Die negativen Prognosen, die schon vor der Europawahl vom Juni 2004 vorlagen, bewahrheiteten sich in den alten und neuen Mitgliedsstaaten nur teilweise und in unterschiedlichem Maße: Eine Wahlbeteiligung von über 60% verzeichneten Belgien (91%), Luxemburg (90%), Malta (82%), Italien (73%), Zypern (71%), Griechenland (63%) und Irland (60%); unter 40% lag der Anteil aktiver Wähler/innen in den Niederlanden, Portugal und UK (39%), Ungarn (38%), Schweden (37%), Slowenien (28%), der Tschechischen Republik und Estland (28%), Polen (20%) und der Slowakei (17%).

---

<sup>1</sup> Vgl. Maurer, Andreas: „Orientierungen im Verfahrensdickicht? Die neue Normenhierarchie der Europäischen Union“, in: Integration 4/03 (2003) S. 440-453

Während im Vergleich zu den letzten Europawahlen 1999 in sieben alten Mitgliedsstaaten die Beteiligungsraten fielen (Portugal 1 Punkt, Deutschland und Schweden 2 Punkte, Frankreich 4 Punkte, Österreich 7 Punkte, Griechenland 12 Punkte; Spanien 17 Punkte), stiegen sie in sieben Mitgliedsstaaten z.T. erheblich an (Luxemburg und Dänemark um 3, Italien um 2, Niederlande um 9, Irland und Finnland um 10, UK um 15 Punkte). Die Verluste gingen in der Regel auf das Konto der Regierungsparteien – mit Ausnahme von Luxemburg, Spanien und Griechenland. Dabei wurden in manchen Fällen Regierungsparteien des Spektrums rechts von der Mitte abgestraft (Italien), in anderen Staaten erlitten Mitte-Links-Regierungen die stärksten Verluste (UK, BRD – außer den Grünen). Zwar erhielt das Lager der EU-Gegner und euroskeptischer Protestparteien insgesamt einen bedeutenden Zuwachs. Dagegen erlitten rechtsextreme Parteien mit fremdenfeindlichem Profil, wie die österreichische FPÖ empfindliche Niederlagen.

Dieses komplexe Bild des Wahlverhaltens der Bürgerinnen und Bürger in den Europawahlen 2004 widersetzt sich dem Versuch, generelle Trends auszumachen. Bedienen sich die Europawahlkämpfer immer noch überwiegend national eingespielter Routinen der Parteienpolitik, welche entsprechend national definierte Verhaltensreflexe auf Seiten der Bürger provozieren? Oder gibt es auch Anzeichen einer zunehmenden Entwicklung hin zu einer Europäisierung der Europawahlen, in welcher europapolitische Akteure, Institutionen, Interessen und Themen gegenüber national definierter Politik an Raum gewinnen?

Die Wähler in den 25 Mitgliedsstaaten wurden auf unterschiedlichstem Wege an die Urnen gelockt, doch lässt sich ihre Mobilisierung für die Europawahlen nicht notwendigerweise primär auf Parteienkonkurrenz zu europapolitischen Schlüsselthemen zurückführen:

- So verschickte die Regierung Silvio Berlusconi am Sonntag vor den Wahlen an alle Besitzer/innen eines Handys – in Italien fast jeder Bürger – eine SMS mit der Aufforderung, wählen zu gehen. Im Wahlbezirk von Easington, eine nord-östliche Region Englands, erhielten alle Wahlberechtigten ihre Unterlagen per Post und mussten lediglich eine Identitätserklärung abgeben.
- In beiden Staaten wurde die Partizipationsneigung aber auch durch die parallel stattfindenden Regional-, Kommunal- bzw. Provinzwahlen begünstigt;

- Umstrittener war, ob es erfolgsversprechender sei, mit „Köpfen“ oder mit „Inhalten“ zu werben. Am Wahlabend ließ sich jedenfalls feststellen, dass Parteien, deren Wahlplakate mit Köpfen warben – wie die Grünen und die FDP – große Zuwächse verzeichneten.
- Offen ist nicht zuletzt der Einfluss des Wahltermins im Zusammenhang mit der europapolitischen Agenda: hätte eine vor und nicht nach den Wahlen erfolgte Einigung der Regierungskonferenz auf die europäische Verfassung mehr Wähler/innen an die Urnen gelockt?
- der Termin spielt noch eine andere Rolle: in Großbritannien und den Niederlanden öffneten sich die Wahllokale bereits am Donnerstag. Es wird vermutet, dass Berufstätige lieber an einem Werktag wählen gehen, um das Wochenende für sich nutzen zu können oder zu verreisen.

Unter den die Wahlentscheidungen beeinflussenden Faktoren nehmen die europapolitischen Wahlprogramme und -strategien der Parteien einen besonderen Stellenwert ein. Synopsen der Programme zu den Europawahlen 2004 wurden z.B. von den Parteienstiftungen wie der Friedrich-Naumann- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgelegt. Diese versäumen es jedoch, die Programme und Positionspapiere der europäischen Fraktionen und Parteienbünde zu berücksichtigen. Deren Detailliertheit und Übersetzung in die nationalen Parteien-Programme ist im Vergleich der Parteien und Mitgliedsstaaten recht unterschiedlich:

- Während sich die Party of European Socialists auf sehr allgemeine Punkte beschränkt, füllt die SPD diese mit konkreten Inhalten und greifbaren Konzepten.
- Dagegen stellt das Programm der European Greens die konkrete Forderung nach einem europäischen Referendum zur Verfassung Europas; in Absprache mit dem Koalitionspartner SPD hat man sich jedoch darauf geeinigt, dieses nicht durchsetzen zu wollen (vgl. taz vom 29.5.2004).
- Schließlich beinhalten die Programme der CDU und der CSU durchaus unterschiedliche Forderungen: die EVP-ED hält das Erlernen von mindestens zwei Fremdsprachen für sinnvoll, während die CDU einen frühest möglichen Spracherwerb im Programm verankert, die CSU jedoch der deutschen Sprache einen höheren Stellenwert einräumen möchte;
- Die PDS, im EP Mitglied der Fraktion der Vereinigten europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), schloss sich der am 8. Mai in Rom neu



gegründeten Partei „Europäischen Linke“ an. Die GUE/NGL hat kein gemeinsames Programm.

Die in diesem Paper gebotene Synopse umfasst die Programme der wichtigsten europäischen und der deutschen Parteien und stellt diese in einem systematischen Rahmen einander gegenüber. Untersuchungsinhalt dieses Vergleiches sind ausschließlich die Programme – in einzelnen Fällen auch unter einem ähnlichen Namen firmierende Äußerungen zur Europawahl 2004 – nicht aber Positionspapiere der Parteien zu bestimmten europäischen Politiken.<sup>2</sup> Der Fokus liegt dabei auf Differenzen, nicht auf politischen „Modeworten“, derer sich die Parteien gleichermaßen bedienen. Ein Beispiel ist das Schlagwort der Nachhaltigkeit; kaum eine Partei, die nicht eine nachhaltige XY-Politik fordern würde. Da dieses jedoch ein allgemeiner, unausgesprochener Konsens in der parteipolitischen Programmatik ist, ja ein Allgemeinplatz, kann dieser nicht zur Differenzierung dienen und ist für diese Synopse nicht von Interesse. Diese geht vielmehr von zentralen europapolitischen Themen aus, welche für die entstehende europäischen Öffentlichkeit relevant sind. Die Wahl-Programme wurden daher auf folgende Topoi hin untersucht:

- Europäische Verfassung
- Bürgerschaft, Rolle der Bürger/innen
- Europäische Identität, EU als Friedensmacht
- Wirtschaft
- Osterweiterung
- Beitritt der Türkei sowie weitere Beitritte.

---

<sup>2</sup> Zur Schreibweise: manche Parteien benutzen in ihrer Ansprache ausschließlich die männliche Form; in diesem Fall wurde die Bezeichnung beibehalten. Andere Parteien wiederum adressieren ihr Programm an die Wählerin und den Wähler; in diesem Falle wurde auf die kürzere Schreibweise der Wähler/in zurückgegriffen. Eine Nivellierung erschien der Verfasserin an dieser Stelle aber nicht sinnvoll. Die Reihenfolge richtet sich nach der auf dem Stimmzettel für die Wahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, im Falle einer Zugehörigkeit zu einer europäischen Fraktion/ Partei sind diese voran gestellt.

## II. Die Europawahl-Programme der deutschen Parteien

	<b>1 a. Sozialdemokratische Partei Europas</b>
<b>Name</b>	Manifest (beschlossen auf dem SPE-Kongress am 24.4.2004)
<b>Verfassung</b>	Die wichtigsten Werte und Rechte sind dank der SPE enthalten, muss abgeschlossen und ratifiziert werden; sie muss die EU-Institutionen für die Bürger/innen transparenter, rechenschaftspflichtiger und relevanter machen; Entscheidungen demokratischer und effizienter machen.
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Bürger/innen müssen mitentscheiden/ SPE will Maßnahmen für eine höhere Lebensqualität einbringen, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Freizügigkeit/ für eine verstärkte Rolle des EP als direkt gewählte Stimme der europ. Bürger/innen/ aktive Politik der sozialen Integration von Zuwanderern: sie sollen in den Genuss aller zivilen und sozialen Rechte kommen
<b>Identität</b>	EU gründet auf Demokratie, Gleichberechtigung, Achtung der Menschenrechte, Vielfalt und Rechtsstaatlichkeit
<b>Friedensmacht</b>	Problemen kann am besten auf europ. Ebene begegnet werden, Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Sicherheitsbehörden/ EU muss auf internationalen Foren mit klarer Stimme in Einklang mit dem Völkerrecht und den UN für eine gerechte, beständige und friedliche Welt eintreten/ UN muss reformiert werden, um eine größere Rolle bei Friedenssicherung spielen zu können/ EU muss effektiven Multilateralismus forcieren/ ESVP weiter zur Konfliktverhütung ausbauen
<b>Wirtschaft</b>	Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern SPE hat maßgeblich die Lissabon-Strategie entworfen/ verstärkte Investitionen in Forschung und Technologie und die Förderung neuer Wachstumsbereiche; lebenslanges Lernen/ Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft/ effizientere und effektivere Verwaltung des EU-Haushalts;
<b>Osterweiterung</b>	Ist historisch; wird den Lebensstandard der Bürger/innen in den neuen MS erhöhen, den Handel beleben und unionsweit zu einem Zuwachs an Arbeitsplätzen führen/ ausreichende europ. Fonds sind notwendig

**Türkei**

/

**Weitere Beitritte**

SPE will auf größere Stabilität in Südosteuropa hinwirken und die Länder des ehemaligen Jugoslawien ermutigen, sich weiter nach Europa zu orientieren; Werte der Menschenrechte und Demokratie dürfen nicht an unseren Grenzen halt machen, sondern müssen auch über unsere Ostgrenze hinaus gefördert werden

## **1 b. Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

**Name**

Europamanifest (beschlossen auf der Europadelegiertenkonferenz 16.11.2003)

**Verfassung**

Sie muss die Grundlage für ein demokratisches wie auch starkes Europa legen/ sie macht Europa transparenter, demokratischer und effizienter, muss das EP aber weiter stärken, damit es die EU-Institutionen effektiver kontrollieren kann/ muss schnell verabschiedet werden/ ist Basis für die EU und verdeutlicht die Wertegemeinschaft/ sie bringt neues Gleichgewicht in Verhältnis zw. Union und den MS

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

Sozialdemokraten haben die Möglichkeit eines europ. Bürgerbegehrens in der Verfassung verankert: Schritt zu mehr Demokratie/Entwicklung zu einer aktiven europ. Bürgerschaft, zu einem „Europa der Bürger“/ Förderung der Bildung einer europ. Öffentlichkeit/ von anderen Kulturen lernen schafft offene und tolerante Gesellschaft, die sich an der europ. Aufklärung, dem Humanismus orientiert

**Identität**

Identifikation mit Europa kann durch gleichberechtigte Repräsentation von Frauen erreicht werden/ Einheit in Vielfalt: die Vielfalt muss gestärkt werden, da sie wesentlicher Bestandteil unserer Identität ist

**Wirtschaft**

Abbau von Arbeitslosigkeit: EU kann Voraussetzungen schaffen, Europa als Wachstums- und Exportregion zu stärken; Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit Investitionen in (Aus-)Bildung und lebenslanges Lernen; Umbau Europas zu einer Wissensgesellschaft; Anerkennung von Bildungsabschlüssen/ Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

**Friedensmacht**

Europa ist eine Friedensmacht: die Stärke Europas dient stets der Sicherung des Friedens und der Verteidigung elementarer Rechte/ Schaffung eines EU-Außenministers/ auf dem Balkan, im Nahen Osten

und in Afghanistan ist Europa aktiv an der Schaffung von Frieden beteiligt; die Verantwortung der EU für Sicherheit und Frieden wird zunehmen, die SPD will ihr gerecht werden/ Konflikte präventiv verhindern, für Menschenrechte eintreten und Abrüstungsbemühungen verstärken/ Entwicklungspolitik ist Teil einer Friedenspolitik/ EU verfügt über breites Spektrum an zivilen, ökonomischen, politischen, polizeilichen und militärischen Mitteln; mit Hilfe der GASP dauerhafte und konstruktive Konfliktregelungen erreichen/ Weiterentwicklung der ESVP zu einer ESUnion: Stärkung des europ. Pfeilers der NATO und Ausbau einer strategischen Partnerschaft mit den USA; für eine gleichgewichtige, ebenbürtige Partnerschaft/ internationale Einsätze der EU nur der Grundlage des Völkerrechts und der Charta der UM/ Stärkung internationaler Organisationen/ Einrichtung einer europ. Staatsanwaltschaft, Ausbau von Europol, gemeinsame Sicherung der Außengrenzen; weitere Integration im Bereich Inneres und Justiz

**Osterweiterung**

Große Herausforderungen; und wirtschaftlich wie politisch große Chance; Vertiefung des Einigungsprozesses ist notwendig, um Bürgernähe zu erhöhen/ Spaltung des Kontinents wird überwunden; Deutschland profitiert wirtschaftlich von den Beitritten/ der Raum der Stabilität und Sicherheit wird ausgedehnt/ die hohen EU-Standards und Rechtsvorschriften zur Sicherung der Außengrenzen und zur Bekämpfung der Kriminalität werden nach Osten und Süden ausgeweitet

**Türkei**

/

**Weitere Beitritte**

Prüfung nach klaren und fairen Kriterien/

**2a. Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten**

**Name**

Prioritätspapier

**Verfassung**

Die Erweiterung ist das erste historische Projekt, die Verfassung das 2.

Die Verfassung erweitert die Befugnisse des EP.

Sie ist Ausdruck der Ähnlichkeiten und gemeinsamen Interessen, die die Europäer einen – es gibt gemeinsame Wurzeln, die bis auf die griechisch-römische Antike, die Aufklärung und das christliche Erbe zurückgehen

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

Schwerpunkt auf Sprachkenntnissen und Mobilität legen; Bürger müssen 2 oder mehr Sprachen lernen und mind. Ein halbes Jahr im Ausland studieren/ soziale Integration: Förderung von Sportlichkeit, Toleranz, Achtung von Regeln und Unterschieden/ Europa zu einem konkreten Bestandteil des Alltagslebens der Bürger machen/

Transparente Verwaltung: Beteiligung der Bürger an Verfahren, Mitwirkung, Rechtsberatung

**Identität**

Achtung und Förderung der Vielfalt ist Grundlage der europäischen Identität

**Wirtschaft**

Bessere Wettbewerbsfähigkeit Europas, Schaffung eines Binnenmarktes für Wissen und Forschung – Bildung und Wissen müssen dem EU-Arbeitsmarkt angepasst werden, Förderung der Forschung zur Verbesserung der wirtschaftl. Leistung Europas → die Ausgaben dafür müssen mind. 3% des BIP betragen/ Vorschläge zur Verbesserung der Situation für KMU/ Grundsatz möglichst niedriger Steuern/ Reformierung der Steuersysteme, Mehrwertsteuersystem auf der Grundlage des „Herkunftsland-Prinzips“; MS können Steuerhöhe selbst festlegen, das schaffe Steuerwettbewerb/ Abwälzung der Kosten für Bau und Verbesserung der Verkehrsnetze auf die Benutzer, Öffnung des Schienenmarktes für Unternehmen/ für eine dynamische, umweltfreundliche und sozial verantwortungsbewusste Marktwirtschaft/ Aufrechterhaltung des Anteiles der Kernenergie/ Firmengründungsinitiativen, Abbau der Bürokratie

**Friedensmacht**

Entwicklung transatlantischer Beziehungen, neuer Anstoß des Barcelona-Prozesses/ Einforderung von Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte im Verhältnis zu Drittstaaten, auch Nahost und Asien/ Kampf gegen Terrorismus, Strategie zur Konfliktverhütung in Afrika, Anerkennung der Beiträge der OSZE/

Schaffung eines EU-Außenministers und einer Verteidigungspolitik; analog zur nationalen Sicherheitsstrategie der Administration Bush eine europ. Schaffen: hierin soll die Charta der UN und das Völkerrecht „in Übereinstimmung mit den Realitäten unserer Zeit“ gebracht werden/ Interoperabilität der nationalen Armeen

<b>Osterweiterung</b>	Beitritt der zehn neuen MS ist ein Gewinn, Bereicherung; Beitrag, das Europa weiter zusammenwächst
<b>Türkei</b>	/
<b>Weitere Beitritte</b>	Intensivierung, Verbesserung der Beziehungen zu den neuen Nachbarn und Russland, Integration der Staaten Südosteuropas,

## **2 b. Christlich Demokratische Union**

<b>Name</b>	Europa-Manifest (beschlossen von Vorstand und Präsidium am 22. März 2004)
<b>Verfassung</b>	Verfassung wird den Bürgern mehr Demokratie und Transparenz bringen/ die EU ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft, die sich dem europäischen, maßgeblich durch das Christentum und die Aufklärung beeinflussten Menschenbild verpflichtet sieht → das christlich-jüdische Erbe sollte sichtbar in der Verfassung verankert sein/ die CDU setzt sich für eine „gute Verfassung“ ein
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Die MS sind eine Schicksalsgemeinschaft, eine politische Union der Bürger, auch von befreundeten europäischen Nationen; Verbesserung des Zugangs zur Bildung – Beherrschung von Fremdsprachen durch frühzeitigen Unterricht und Förderung von Auslandsaufenthalten für jeden EU-Bürger/ Kompetenzzentren für außereuropäische Kulturen zur Förderung von Weltoffenheit, interkulturellem Verständnis und zur Erschließung neuer Absatzmärkte außerhalb Europas
<b>Identität</b>	Europa soll den Nationen die Freiheit geben, ihre Identität zu bewahren und die kulturelle Vielfalt zu erhalten; dabei werden die regionale Eigenverantwortung und die kommunale Selbstverwaltung respektiert/ Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit bedeutet auch das Recht auf Heimat der dt. Vertriebenen; Vertreibungsdekrete und -gesetze sind Unrecht
<b>Wirtschaft</b>	Die EU garantiert Freiheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg, wovon die deutsche Volkswirtschaft profitiert/ Arbeitsplätze müssen im Bereich der unternehmerischen Initiative, Innovationen und Wirtschaft und Technik geschaffen werden; ein leistungsfähiges Bildungssystem schafft die Voraussetzungen/ Gegen Werbe- und Rauchverbote/ soziale

	<p>Marktwirtschaft muss ein Leitprinzip sein, denn sie schafft Wachstum und Arbeitsplätze und sozialen Ausgleich/ für die Einhaltung der Maastrichter Stabilitätskriterien, um Vertrauen zu schaffen und Wohlstand zu sichern; Stabilität- und Währungsakt als Pfeiler sichert die Stabilität des Euro</p>
<p><b>Friedensmacht</b></p>	<p>Sicherheit durch eine nach innen und außen starke EU, gegenseitige Beistandspflicht im Kampf gegen Terrorismus; stärkere Zusammenarbeit bei Justiz- und Innenpolitik, Erhöhung der Durchschlagskraft von Europol, gemeinsame Sicherung der Außengrenzen, Errichtung eines europ. Grenzschutz', mehr Ausgaben für Außenpolitik/ EU muss Akteur der Weltpolitik werden, Interessen in der Welt definieren, dazu gehört die GASP/ Europa hat Gewicht in der Gestaltung einer neuen Weltordnung/ gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA, denn beide bilden eine bewährte Wertegemeinschaft/ Schaffung eines EU-Außenministers/ gemeinsame Rüstungspolitik, langfristig Schaffung einer europ. Armee als tragender Pfeiler der NATO</p>
<p><b>Osterweiterung</b></p>	<p>Sie bringt für die deutsche Volkswirtschaft weitere Vorteile/ großer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Gewinn für die EU und die Menschen in Europa → Handelsvolumen wird steigen und Wachstumsimpulse schaffen/ sie bringt für fünf neuen Bundesländer Chancen und Herausforderungen, daher ist eine Kohäsionspolitik nötig; Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht allzu lange verhindern, Investitionen in die Infrastruktur der Grenzregionen unterstützen die Integration</p>
<p><b>Türkei</b></p>	<p>Aufnahme der Türkei in der EU würde ihre Integrationskraft überfordern/ Privilegierte Partnerschaft ist mehr als eine Zollunion, Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes u.v.m. Einbeziehung der Türkei in die GASP und EVP, Zusammenarbeit von Innen- und Justizbereich sowie der Geheimdienste</p>
<p><b>Weitere Beitritte</b></p>	<p>Integrationskraft darf nicht überfordert werden; es muss neben der Vollmitgliedschaft weitere Optionen geben, z.B. Orientierung am EWR = engere Beziehung zur EU ohne lange Wartezeit, „EWR-Plus“ wäre Binnenmarkt, Umweltschutz und innere und äußere Sicherheit/ Abwarten mit weiteren Beitritten, Erfahrungen mit der Erweiterung vom 1. Mai 2004 müssen erst ausgewertet werden. Erweiterung und Vertiefung in einer Balance halten</p>

## 2 c. Christlich Soziale Union

<b>Name</b>	Wahlprogramm
<b>Verfassung</b>	Die christlich-abendländische Wertegemeinschaft ist das Fundament Europas. In die Verfassung muss deshalb der Bezug auf das christlich-jüdische Erbe in der Präambel verankert werden/ aber die Verhandlungen zum Verfassungsvertrag haben sich nicht immer daran orientiert, ein leistungs- und handlungsfähiges Europa zu schaffen; grundlegende Ziel- und Aufgabenüberprüfung/ die Bundesregierung muss die Forderungen der Länder in die Verhandlungen einbringen; Zustimmung zur Verfassung ist nur empfehlenswert, wenn diese wesentliche Forderungen der Länder aufgreift/ der Vertrag schafft neue Aufgaben für die EU, die die MS besser selbst erledigen können: Daseinsvorsorge, Sozialpolitik, Zuwanderung u.e.m.
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Die Vielfalt verleiht Europa Kraft und Kreativität. „Nur ein Europa, das die Kulturen, Lebensweisen und Traditionen seiner Völker respektiert, kann die Zustimmung der Bürger finden.“/ mehr Transparenz bei Entscheidungen der EU für mehr Bürgernähe/ Bürger sollen zu grundsätzlichen politischen Themen befragt werden
<b>Identität</b>	Einigung Europas garantiert Frieden, Stabilität und Sicherheit auf dem Kontinent/ hierbei sollen die Rechte der Volksgruppen, Minderheiten und Heimatvertriebenen gewahrt werden; die Regionen und Nationen stiften Identität, in ihnen entwickelt sich die Solidarität ihrer Bürgerinnen und Bürger; dazu gehört auch ein höherer Stellenwert der deutschen Sprache in Europa.
<b>Wirtschaft</b>	Bestehende Defizite der neuen MS in Verwaltung und Justiz bei der Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts müssen so schnell wie möglich beseitigt werden zur Nutzung der Chancen des Binnenmarktes; Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit vermeiden Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt/ MS müssen Strukturreformen durchführen und ihre Haushalte konsolidieren, gleiches gilt für den EU-Haushalt; Solidarleistung an die neuen MS nicht durch Erhöhung der Beiträge, sondern durch Einsparungen bei den alten MS finanzieren/ gegen eine EU-Steuer/ gegen Aufweichung der EU-Währungsverfassung; Ziele: Stabilität des Euro und Unabhängigkeit der EZB/ Europa des fairen Wettbewerbs; Konkurrenz setzt Kräfte frei und liefert Wett-



	<p>bewerbsfähigkeit; das EP muss ausgewogene Binnenmarktgesetzgebung gewährleisten, das führe zu mehr Wachstum und Beschäftigung</p>
<b>Friedensmacht</b>	<p>Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, solidarische Sicherung der Außengrenzen/ Schaffung eines EU-Außenministers</p>
<b>Osterweiterung</b>	<p>Mutiger historischer Schritt zur Wiedervereinigung unseres Kontinents, die eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit ist; sie bietet die Chance und die Aufgabe, die Lasten der Vergangenheit aufzuarbeiten/ Osterweiterung löst aber auch Ängste aus; Folgen des Strukturwandels müssen abgefedert werden; Unterstützung der Grenzregionen: Bayern hat ein 100-Mio.-Euro-Programm aufgelegt zur Stärkung des Grenzlandes/</p>
<b>Türkei</b>	<p>Sie ist ein wichtiger Partner. Eine Vollmitgliedschaft würde die Integrationskraft der EU jedoch weit überfordern. Gründe: die geostrategische Lage, die Größe der Türkei, eine andere gesellschaftliche Entwicklung, Unterschiede in der Wirtschaftskraft → Angebot einer privilegierten Partnerschaft; Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit</p>
<b>Weitere Beitritte</b>	<p>Sie sind absehbar, bringen aber gewaltige Anstrengungen mit sich. Deshalb ist eine Debatte notwendig: Wo liegen die Grenzen Europas in geografischer, politischer und kultureller Hinsicht unter Berücksichtigung der Identität und Integrationskraft der Gemeinschaft? / die privilegierte Partnerschaft könnte auch den neuen Nachbarn an der Ostgrenze angeboten werden/ das EP hat die wichtige Aufgabe, die Grenzen Europas zu definieren, weil es jedem neuen Beitritt zustimmen muss/ nach einer Phase der Erweiterung muss eine Phase der Konsolidierung folgen, um die Integrationsfähigkeit der Gemeinschaft nicht zu überfordern/ ein Europa der zwei Geschwindigkeiten muss dabei in Ausnahmefällen in Kauf genommen werden als Ergänzung zum „acquis communautaire“. Jedoch keine Trennung in Mitglieder 1. und 2. Klasse</p>

### **3. Bündnis 90/ Die Grünen – European Greens**

<b>Name</b>	<p>Europawahlprogramm 2004 (beschlossen im Nov. 2003)</p>
<b>Verfassung</b>	<p>Sie ist das größte Reformprojekt/ Politik wird transparenter, demokratischer und bürgernäher; sie stärkt das EP/ Bürger/innen sollen</p>

in einem europäischen Referendum über die Verfassung abstimmen/  
Verfassung bedeutet Fortschritt für die Integration/ viele grüne  
Forderungen sind in ihr verwirklicht (Grundrechtecharta als Bestandteil,  
Mitentscheidungsrechte des EP ausgedehnt)/ positiv: der Kommissions-  
präsident wird vom EP gewählt/ gemeinsame Werte beruhen nicht nur  
auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, sondern auch auf  
Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und die  
Gleichstellung von Frauen und Männern/ Vetomöglichkeiten schwächen  
die Handlungsfähigkeit der EU; Abschaffung des Vetos v.a. in der  
Außenpolitik/ Auflösung des EURATOM-Vertrages/ nach Inkrafttreten  
der Verfassung sollte 2. Konvent weitere Themen bearbeiten

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

Die Menschen sollen sich als Unionsbürger/innen und damit als Teil  
einer lebendigen europ. Demokratie begreifen/ Europa der  
Selbstbestimmung: die Menschen, die in Europa leben, sollen frei sein  
von Bevormundung und staatlicher Willkür/ Europa vereint die Vielfalt  
seiner selbstbewussten Regionen und die Eigenständigkeit seiner  
Nationen/ Binnenmarkt und Freizügigkeit dienen dazu, den Menschen  
mehr Freiheit und Unabhängigkeit zu schaffen und den Bürgerinnen und  
Bürgern mehr Freiraum für Beruf und Engagement, bei der  
Arbeitsplatzwahl und bei der Beanspruchung der Rente/ die Menschen  
müssen sich in frei gewählten Zusammenhängen engagieren können:  
gerechten Zugang zu den gesellschaftlichen Gütern gewähren und die  
Teilhabe an Arbeit, Bildung und Demokratie gewährleisten/ Nicht nur  
eine Union der Staaten, sondern v.a. eine Union der Bürger/innen/ für  
europaweite Bürgerentscheide und -beteiligung; ebenso wie Bürger-  
begehren und -initiativen/ Europa ist eine föderale Integrationsgemein-  
schaft/ für eine europäische Demokratie mit starker europäischer  
Öffentlichkeit/ Erlernen von Toleranz und Akzeptanz/ Europa lebt von  
der Vielfalt/ Minderheiten müssen integriert, ihre Eigenständigkeit und  
ihre kulturellen Rechte respektiert werden/ Garantien zum Schutz der  
Bürgerrechte/ alle Bürger/innen müssen die gleichen bürgerlichen und  
politischen Rechte besitzen/ Bürger/innen aus Nicht-EU-Staaten sollten  
nach 5 Jahren das Recht erhalten, Unionsbürger/innen zu werden mit  
einem Wahlrecht zu nationalen und regionalen Parlamenten; langjährige  
Einwanderer ohne legalen Status sollen ihren Status normalisieren  
können/ fairer und gleicher Zugang aller zu und durch die Medien/  
Recht auf ausreichende und gesunde Nahrung/ Mitsprache im  
Unternehmen/ Lebensbegleitendes Lernen/ Auszubildende und

## **Identität**

Studierende sollen sich ein halbes Jahr in einem anderen europ. Land aufhalten/ Anerkennung europaweit erworbener Abschlüsse/ Erlernen von Fremdsprachen

Die europäischen Grünen einen Grundwerte, die sie in den emanzipativen geistesgeschichtlichen Grundwerten Europas verankert; diese Geistesgeschichte besitzt christliche, jüdische, islamische und aufklärerische Wurzeln/ kulturelle und weltanschauliche Pluralität sowie die Vielfalt regionaler Traditionen und Identitäten in Europa – die EU kann einen Beitrag zum Dialog der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen leisten/ der Euro hat Integrationsfunktion/ Förderung von Kunst und Kultur zur Schaffung einer europ. Identität, aber keine europ. Leitkultur

## **Wirtschaft**

Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit so schnell wie möglich gewähren/ Bildung, Wissen und Kultur dienen als Schlüssel für eine ökologische, soziale und wirtschaftl. Entwicklung Europas, in die die Grünen investieren wollen/ Steuern auf Arbeit müssen reduziert, Ökosteuern eingeführt werden; Steuerdumping einzelner MS soll gestoppt werden/ Ökologie muss stärker beachtet werden und hat das Potenzial, Arbeitsplätze zu schaffen / Globalisierung politisch gestalten/ Haushaltskonsolidierung/ einheitliche Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen, aber weiterhin nationale Steuersätze mit europ. Mindestsatz/ mehr Strukturhilfen/ Für Werbe- und Rauchverbote

## **Friedensmacht**

Kultureller Austausch ist unverzichtbar für ein tolerantes, friedliches Zusammenleben; Kulturen, die sich austauschen, bleibenentwicklungsfähig: Kulturpolitik ist Friedenspolitik/Europa hat das Potenzial, eine selbstbestimmte und selbstbewusste Rolle auf der internationalen Ebene einzunehmen/ Schaffung eines EU-Außenministers, der gleichzeitig Vizepräsident der Kommission ist; für eine gemeinschaftliche Außenpolitik aus innerer Kohäsion und rechtlichen Übereinkünften/ Primat ziviler Konfliktprävention, Prinzip der Gewaltfreiheit und den Menschenrechten verpflichtet/ gegen eine hochgerüstete militärische Supermacht/ Verantwortung für eine globale Friedensordnung übernehmen/ für Multilateralismus, Abrüstung, Stärkung der Vereinten Nationen/ Verhinderung von Produktion und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen/ für die Gründung eines europ. Friedenskorps/ jede militärische Intervention muss durch ein UN-

	Mandat legitimiert sein/ Dialog mit den islamisch geprägten Staaten/ Einbringen in den Nahost-Friedensprozess/ für eine neue transatlantische Agenda, Einbindung der USA in multinationale Organisationen; USA muss Statut des ICC ratifizieren
<b>Osterweiterung</b>	Die EU wird um 70 Mio. Bürger/innen reicher
<b>Türkei</b>	Proeuropäische Reformschritte werden begrüßt; sie stärken die europäische (Integrations-) Perspektive des Landes; Beitritt ist eine politische und ökonomische Herausforderung; EU-Mitgliedschaft würde die Integration der Millionen in Deutschland und anderen EU-Staaten lebenden Menschen aus der Türkei erleichtern/ verstärkte Beratungen, intensiverer Erfahrungsaustausch im Bereich der politischen Institutionen, der Verwaltung, Justiz und Wirtschaft sowie substantielle Hilfen sind hierfür notwendig/ Unterstützung der Türkei bei den notwendigen Reformen seitens der EU/ EU ist nicht zwingend ein christlicher Verbund
<b>Weitere Beitritte</b>	Zügige Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien, damit sie 2007 beitreten können; auch die anderen Balkanländer haben Beitrittsperspektive; hier muss die EU Demokratie und Stabilität fördern/ für eine faire Erweiterung, Wiedervereinigung bleibt eine Hauptaufgabe/ Zusammenarbeit mit den Nachbarländern der EU intensivieren; Russland und die europ. GUS-Staaten sind Nachbarn und wichtige Partner; negative Folgen der Verschiebung der EU-Außengrenze vorbeugen; Erleichterung des „kleinen Grenzverkehrs“

#### **4 a. European Liberal Democrats and Reformers**

<b>Name</b>	Wahlprogramm (Amsterdam, 14.11.2003)
<b>Verfassung</b>	Sie ist das Fundament der Demokratie; der Konvent hat eine bündige, schlüssigen und lesbaren Entwurf vorgelegt/ Regierungshandeln wird offener, demokratischer und wirksamer gestaltet/ Verfahren der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat und das Verfahren der Mitentscheidung als künftig übliches Legislativverfahren wird begrüßt/ sie enthält Vielzahl von Elementen, die die künftige Entwicklung der Union ermöglicht/ ELDR begrüßt die Verfassungsbestimmungen zur offenen Regierung nachdrücklich, betrachtet die Intensivierung des Austauschs

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

zwischen Industrie und Bürgergesellschaft und gegebenenfalls auch die dezentrale Umsetzung der EU-Politiken als vorrangige Aufgaben/ Kritik: Ablehnung des Legislativrates, Ablehnung „zweier Staaten“ gegen die Formel für Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit

Für die Umsetzung der EU-Schlüsselrechtsvorschriften, wonach die Bürger die Freiheit haben, überall in der EU zu leben, zu arbeiten und zu reisen und ihre Bürgerrechte wahrzunehmen/ gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse; Recht der Bürger, in dem Land ihrer Wahl ihren Wohnsitz zu nehmen/ Zugang der Bürger zur Justiz muss sichergestellt werden; Anerkennung von Beschlüssen in Handels- und Zivilsachen/ freier und pluralistischer Zugang zu Informationen als Grundwert/ Verbraucher müssen uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen über die Lebensmittel haben, damit sie eigenständige Entscheidungen treffen können/ lebenslanges Lernen/ Förderung von Bildungsaustauschen insbes. Zur Verbesserung der Sprachkenntnisse/ alle Unis sollten Möglichkeit bieten, für ein Jahr in einem anderen Land studieren zu können/ wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung einleiten/ gleiche Arbeitnehmerrechte für Drittstaatsangehörige/ Integrationsmaßnahmen bei Zuwanderern sollten seine kulturelle Identität beibehalten

**Identität**

Einigkeit in Vielfalt muss gefördert werden/ Förderung der Sprachenvielfalt

**Wirtschaft**

Binnenmarkt muss vollendet werden; Umbau der europ. Wirtschaft: zu weltumspannenden freien Handel zur Mehrung des Wohlstandes und Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit; Aufhebung der Übergangsfristen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit/ Wettbewerb bei Daseinsvorsorge ist zu gewährleisten/ Ende der Subventionierung von überkommenen Wirtschaftszweigen; Unabhängigkeit der EZB/ stärkere Überwachung der Ausgeglichenheit der Haushalte; strenge Haushaltsdisziplin im EU-Haushalt/ Höhe der Steuersätze muss jeder MS selbst festlegen dürfen entsprechend ihrem Bedarf an Ausgaben

**Friedensmacht**

Europa muss Einfluss geltend machen/ Unterstützung für Konzept der strukturierten Zusammenarbeit in der ESVP; enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit der NATO ist notwendig/ die Schaffung eines EU-Außenministers, der gleichzeitig Vizepräsident der Kommission ist/ Europa sollte in den Bereichen auswärtige Angelegenheiten, Entwicklungspolitik sowie beim Schutz der Menschenrechte mit einer

Stimme sprechen/ Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe/ EU sollte sich stärker im Bereich der Konfliktlösung und -prävention engagieren und dazu alle ihre zur Verfügung stehenden Mittel, wie direkte militärische Intervention und der Entsendung von Polizeikräften um friedenserhaltende Maßnahmen und große Aktionen im humanitären Bereich durchzuführen/ demokratische Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik der Union durch das EP; die Union sollte ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat sein; nationale Parlamente sollen aber weiter über die Entsendung von Truppen zu Militäreinsätzen zu entscheiden unabhängig von der ESVP/ für eine strategische Partnerschaft mit den USA; für eine baldestmögliche Übergabe der politischen Macht im Irak an das irakische Volk/ Verurteilung der Einstellung der USA gegenüber dem ICC und dem Kyoto-Protokoll/ die ELDR ermutigt die EU, ihre Bemühungen um den Friedensprozess in der Region der großen Seen in Afrika fortzusetzen

**Osterweiterung**

Freunde aus den neuen MS werden willkommen geheißen/ für die Beibehaltung und Verbesserung des wirtschaftlichen Zusammenhalts muss eine Revision der Regionalpolitik bis 2007 angestrebt werden/ Intensivierung der Kontakte zu den neuen, östlichen Nachbarn

**Türkei**

/

**Weitere Beitritte**

Staaten mit Beitrittsperspektive sollten in Hochschulaustauschprogramme einbezogen werden/ keine „Festung Europa“/ Prozess der Erweiterung wird noch lange fort dauern/ weitere Beitritte, um einen vereinigten Kontinent entstehen zu lassen, der sich Freiheit, Demokratie, Frieden, Stabilität, Gerechtigkeit, Marktwirtschaft, Freizügigkeit und Rechtsstaatlichkeit auf die Fahnen geschrieben hat/ Kandidaten müssen Kriterien erfüllen/ kein Kompromiss zur Vollmitgliedschaft; weniger Übergangsregelungen; für die Flexibilitätsklausel von Nizza

**4 b. Freie Demokratische Partei**

**Name**

Wahlprogramm (beschlossen am 17.01.2004)

**Verfassung**

Sie bringt deutliche Fortschritte für die Entwicklung einer demokratischeren, bürgernäheren und transparenteren Union/ Verfassungsvertrag ist ein guter Kompromiss, dem Liberale zustimmen

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

können/ sie verleiht nationalen Parlamenten eine starke Kontrolle über die Zuständigkeiten zwischen EU und den MS/ EP muss weiter gestärkt werden, das Mitentscheidungsverfahren muss zur Regel werden und Kontrolle über den EU-Haushalt bekommen/ schafft wichtige institutionelle und verfahrensmäßige Voraussetzungen für Integration/ Bundestag und Bundesrat müssen intensiv die Kompetenzen wahrnehmen, die der neue EU-Verfassungsvertrag beiden geben wird

Vision von einem Europa der Bürger: Politik muss von unten nach oben organisiert werden/ FDP will Ansprechpartner für berechtigte Kritik der Bürger an Europa sein/ Bürger und Bürgerinnen sollten über die Einführung einer Verfassung für Europa abstimmen: die Idee der europ. Einigung würde so tief in den Herzen verankert/ Schüler und Studenten sollen die Chance haben, einen Teil ihrer Ausbildung in anderen europ. Ländern zu absolvieren/ für ein einheitliches Wahlverfahren in allen MS und Durchsetzung von „one person – one vote“, mit der Garantie, dass die Bürger der kleinen MS ausreichend repräsentiert sind/ tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen setzt einen gesellschaftlichen Wandel voraus: die FDP unterstützt GenderMainstreaming/ einheitliche Bestimmungen zur gerichtlichen Zuständigkeit in grenzüberschreitenden Ehe- und Familiensachen/ fremdsprachliche Kompetenz muss Bildungsziel sein; Sprachunterricht in spielerischer Form ab dem Kindesalter fördern/ Wiederbelebung des „Wandergesellentums“; Schaffung eines Europapasses, der die beruflichen Kompetenzen beinhaltet/ Bürger muss sein Recht zur freien Bewegung, Mobilität und Achtung der Privatsphäre gewährleistet werden; er soll sich direkt auf die europ. Charta der Grundrechte berufen dürfen/ Abschaffung der Arbeitserlaubnis

**Identität**

Identifikation der Bürger mit Europa muss gefördert werden

**Wirtschaft**

Binnenmarkt muss vollendet werden; Freiheit für Arbeitnehmer und Unternehmer, Wettbewerb und soziale Marktwirtschaft müssen weiter ausgebaut werden/ für eine stabile Währung; die Verschuldung muss abgebaut und die Inflation niedrig gehalten werden; für eine strikte Einhaltung der Verschuldungs- und Inflationskriterien und des Stabilitätspaktes/ Wettbewerbsfähigkeit muss immer wieder erobert werden/ Ende der Subventionierung von überkommenen Wirtschaftszweigen/ mehr Investition in Forschung und Entwicklung;

Bildung muss nationale Angelegenheit bleiben, aber Abschlüsse international vergleichbar/ Geldwertstabilität muss in den Zielkanon der Union übernommen werden; Unabhängigkeit der EZB/ Übergangsfristen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit sind Hindernis/ finanzielle Entlastung Deutschlands/ für weitere Deregulierung und Liberalisierung der Märkte/ gegen Werbeverbote

### **Friedensmacht**

Für eine gemeinsame Außenpolitik und einen europ. Außenminister/ für einen gemeinsamen, ständigen EU-Sitz im Sicherheitsrat der UN/ Schaffung europ. Streitkräfte/ durch wirksame Diplomatie Konflikte vermeiden; Weiterentwicklung der GASP und der ESVP

### **Osterweiterung**

Einigung ist ein Erfolgsmodell; Grundlage für ein Zusammenwachsen ganz Europas; dieser Prozess wird Zeit brauchen; die FDP wird sich dafür einsetzen, dass zusammenwächst, was zusammen gehört/ die Chancen überwiegen die Risiken/ Vertiefung der Integration darf nicht in Frage gestellt werden; mutige, schnelle Schritte in Richtung Weiterentwicklung der Integration ist erforderlich; „sofern einzelne EU-Mitglieder eine Vorreiterrolle einnehmen wollen, sollen sie das tun“/ der größte Binnenmarkt der Welt ist entstanden: deutsche Wirtschaft und Arbeitsmarkt profitieren davon/ Politik muss Anpassungsprobleme abfedern; grenzüberschreitende Modellregionen schaffen: flexible Anwendung von Bundesrecht und mögliche Steuersenkungen/ neue Außengrenzen müssen durch europ. Grenzpolizei gesichert werden

### **Türkei**

Vor Beitritt müssen die Menschenrechte, Schutz der Minderheiten sowie die demokratischen und wirtschaftspolitischen Anforderungen erfüllt werden; bisherige Fortschritte werden anerkannt, es gibt aber noch Defizite, sie ist am Anfang der Modernisierung, muss sich den Werten der EU noch weiter annähern; auch die EU ist nicht auf die Türkei vorbereitet; Volksentscheid über den Beitritt schließt die FDP nicht aus

### **Weitere Beitritte**

Rumänien und Bulgarien müssen Teil der Erfolgsgeschichte der Erweiterung werden; FDP will sie in ihren Bemühungen unterstützen, 2007 aufgenommen zu werden, heute aber haben sie die Kriterien der Aufnahme noch nicht erfüllt/ den Staaten des westlichen Balkan und den neuen Nachbarn im Osten steht der Weg zur Aufnahme durch den Vertrag über die EU offen; FDP unterstützt dies als Voraussetzung für die dauerhafte Befriedung und Stabilisierung Südosteuropas; einige Länder sind aber noch sehr weit entfernt/ die südlichen



Mittelmeeraanrainer haben keine Beitrittsperspektive: Barcelona-Prozess bringt wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region/ wirksame und kohärente Nachbarschaftspolitik muss entwickelt werden; keine „Festung Europa“/ strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien/ bei den neuen Nachbarn entstehen Chancen zur Markterweiterung

## 5 a. Europäische Linke

<b>Name</b>	Programm (beschlossen auf dem Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken am 8./9. Mai in Rom)
<b>Verfassung</b>	Da es innerhalb der EL auf nationaler Ebene unterschiedliche Auffassungen zur Verfassung gibt, wird dieses Thema ausgespart
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Emanzipation des Menschen, Befreiung der Frauen und Männer von Unterdrückung/ selbstbestimmtes Leben des Individuums/ für ein neues Verhältnis von Gesellschaft und Politik/ Recht auf Staatsbürgerschaft für alle Menschen, die in Europa leben/ Bürger sollen aktiv in eine Politik eingreifen, die in ihrem Namen durchgeführt wird/ Recht auf gleichen Zugang für jedermann zu Bildung, Wasser, Nahrung, Gesundheit, Energie und Verkehr garantieren/ für modernisierte, dezentralisierte und demokratisierte öffentliche Dienstleistungen, um soziale Rechte für jedermann zu sichern/ Möglichkeiten für das Handeln, für die Teilhabe und Kontrolle der Bürger auf allen Ebenen und in allen Phasen der europäischen Integration ausbauen
<b>Identität</b>	große Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen
<b>Wirtschaft</b>	Kampf gegen das Dogma von der sakrosankten Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, gegen die Macht der Finanzmärkte und multinationalen Konzerne verstärken/ Orientierungen des Stabilitätspaktes und der Europäischen Zentralbank werden in Frage gestellt; für eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik/ soziale Prioritäten für Vollbeschäftigung und Ausbildung, für öffentliche Dienstleistungen und mutige Investitionen, darunter in die Umwelt, setzen/ Einführung einer Besteuerung der Kapitalflüsse
<b>Friedensmacht</b>	Die Theorie des permanenten Krieges der Bush-Doktrin und die terroristischer Gewalt, die dieser Krieg nährt, lässt Ungleichheiten

wachsen und das Feld für Demokratie schrumpfen/ Europas Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse/ Militarisierung nach außen - wie im Balkan-, Afghanistan- und Irak-Krieg/ Ziel: unabhängig von der Hegemonie der USA, offen zum Süden dieser Welt/ Ablehnung ausländischer Militärbasen und jeglicher Modelle einer europäischen Verteidigungsarmee/ für ein Europa, das Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen ablehnt; besonders den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, der auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO geregelt werden müsse

**Osterweiterung**

/

**Türkei**

/

**Weitere Beitritte**

Beitrittskandidaten stehen vor dem Dilemma, eine selbständige Entwicklung einzuschlagen oder sich der kapitalistischen Integration Europas anzuschließen, um Konflikte zu lösen, die in Gegenwart und Zukunft auf ihre Gesellschaften zukommen. Die EL ist bereit, mit allen demokratischen Kräften dieser Länder für Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit, für soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Stärkung der demokratischen Institutionen zusammen zu wirken

**5 b. Partei des Demokratischen Sozialismus**

**Name**

Wahlprogramm

**Verfassung**

Sie regelt das Zusammenleben der Bürger und das Verhältnis der 25 MS/ es ist wichtig, dass sie den Menschen verbriefte Grund-, Freiheits- und Gleichheitsrechte zusichert; sie muss die Möglichkeiten unterschiedlicher Wirtschaftssysteme offen halten und die EU weiter demokratisieren/ Verfassungsvertrag verpflichtet die MS zur Aufrüstung, neoliberale Wettbewerbspolitik soll Verfassungsrang erhalten; dies will die PDS verhindern: Nein zum vorliegenden Verfassungsentwurf/ Ausweitung der Definition der Unionsbürgerschaft wünschenswert/ Parlamentarische Kontrolle von Europol und Eurojust schnellstmöglich umsetzen

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

Menschen müssen aktive Mitgestalter werden/ die Verfassung soll den Völkern zur Abstimmung (Volksentscheid) vorgelegt werden; Initiierung länderübergreifender Bürgerbegehren zur Schaffung einer europ.

Öffentlichkeit; einheitliches Wahlrecht zum EP: einheitlich auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts und ohne Sperrklauseln; Wahlrecht für Menschen aus Drittstaaten/ alle ab 25 sollen einen garantierten Anspruch auf zwei Jahre Fort- und Weiterbildung/ allen Menschen einen gleichberechtigten für eine breite europ. Willensbildung: Zugang zu unabhängiger Berichterstattung sichern/ Zugang zu neuen Medien für alle Menschen in Schulen, Universitäten und Bibliotheken/ Lebenslanges Lernen/ Fremdsprachenerwerb stärker fördern/: mind. 2 europ. Fremdsprachen sollten Schüler/innen lernen/ ökonomisch abgesichert ein Bildungsjahr im Ausland/ europaweite Anerkennung von Studien- und Berufsausbildungsabschlüssen/ Förderung des Sports/ Maßnahmen gegen Terror erlauben schwerwiegende Eingriffe gegen einzelne Personen, gegen Datenschutz werde verstoßen; Freiheitsrechte des Einzelnen wahren/ gemeinschaftliche Flüchtlings- und Einwanderungspolitik/ rechtsstaatliche Regularien für ein faires Verfahren innerhalb der EU für Unionsbürger/innen stärken → europäische Charta der Beschuldigtenrechte schaffen/

## **Identität**

Kulturpolitik soll die Vielfalt und Unterschiede der in Europa lebenden Menschen, insbesondere zw. Den bisherigen und den Beitrittsländern positiv bewerten und nutzen; sie soll das verbindende und gemeinsame Erbe aufgreifen; kulturelle Rechte schützen; kulturelle Zusammenarbeit sowohl innerhalb Europas als auch weltweit ausbauen/ Medien wie Euronews und ARTE sollten zur Herausbildung einer europ. Öffentlichkeit stärker gefördert werden; diese Sender möglichst vielen Benutzer/innen zur Verfügung stellen; Förderung der europaweiten Ausstrahlung bedeutender kultureller Ereignisse; Machbarkeitsstudie über einen europ. Kabelkanal

## **Wirtschaft**

EU muss mit neoliberaler Politik brechen, der Wachstums- und Stabilitätspakt korrigiert werden/ koordinierte Geld- und Haushaltspolitik zur Stärkung der Binnenwirtschaft/ für eine europ. Regulierung; regionale Wirtschaftskreisläufe stärken/ mehr Wirtschaftsdemokratie/ Nebeneinander von Geld- und Finanzpolitik beenden/ Stärkung der Binnen- nachfrage → verfügbares Einkommen der unteren Einkommensschichten erhöhen; flexible Geldpolitik der EZB/ konjunkturbedingte Defizite müssen hingenommen und öffentliche Investitionen bei der Staatsverschuldung herausgerechnet werden/ schrittweise Auflösung der Hälfte nicht benötigter Gold- und Devisenreserven/ Steuerpolitik

vereinfachen, Aufspüren und Besteuerung von Fluchtgeldern/ EU-weite Erhebung von Ökosteuern

## **Friedensmacht**

Krieg und militärische Gewaltanwendung als Lösung müssen abgelehnt werden; Rüstungsindustrie muss auf zivile Produktion umgestellt werden → strukturelle Nichtangriffsfähigkeit/ GASP und ESCV müssen parlamentarischer Kontrolle unterzogen werden/ Kampf gegen Terror werde instrumentalisiert, um Menschen- und Bürgerrechte zu Kriegsgründe zu erfinden/ zivilen Charakter der europ. Integration beibehalten/ Aufhebung der Beschlüsse zu GASP und ESVP, die die EU in eine Militärmacht verwandeln; Entwicklung einer zivilen gemeinsamen europ. Außen- und Sicherheitspolitik/ kritische Auseinandersetzung mit der imperialistischen Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der USA; gleichberechtigte Partnerschaft/ Auflösung der NATO; Stärkung und Demokratisierung der UNO/ präventive, an den Ursachen orientierte Konfliktbearbeitung/ Stärkung der OSZE und der gesamteuropäischen Zusammenarbeit/ Achtung der Neutralität solcher EU-Staaten wie Österreich, Finnland und Schweden/ Sicherheitszone um die EU von „befreundeten Staaten“ ist unakzeptabel/ Finanzquellen von Terroristen, Drogen- und Waffenhandel, sind trocken zulegen/ Normalisierung der Beziehungen zu Kuba/ Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in allen MS

## **Osterweiterung**

Historischer Moment/ für eine Erweiterung auf gleichberechtigter, solidarischer, ziviler und demokratischer Grundlage/ Förderpolitik darf bisher geförderte Staaten keine Nachteile bringen/ im Osten Deutschlands verursacht die Erweiterung aber auch Abstiegsängste/ Flankierung des Beitrittsprozesses in den Grenzregionen/ grenzübergreifende kulturelle Zusammenarbeit für Annäherung und Integration/ Schaffung eines Ost-West –Kanals nach dem Vorbild von „ARTE“

## **Türkei**

Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nur auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien nur dann möglich, wenn die Menschenrechte für alle in der Türkei lebenden Minderheiten garantiert sind, wenn sich ein friedlicher und demokratischer Weg für die kurdischen Bürger/innen garantiert öffnet. Türkei muss einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Zypern-Frage leisten.

**Weitere Beitritte**

Gegen eine Festung Europa/ Europa braucht einen Wirtschafts- und Sozialraum, der keinen europäischen Staat ausschließt; umfassender Ausbau der europ. Zusammenarbeit im Rahmen des Europarats und der OSZE/ EU steht allen europ. Staaten offen, welche die in Art. 2 VerfEntwurfs verankerten Werte achten und sich verpflichten, diesen gemeinsam Geltung zu verschaffen

**6. Die Republikaner****Name**

Wahlprogramm (beschlossen auf dem Europa-Parteitag in Münster am 15.11.2003)

**Verfassung**

/

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

Volksabstimmung über die Verfassung der EU; über die Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft und über deren Erweiterung/ Gleichberechtigung der deutschen Sprache mit Englisch und Französisch/ gegen Niederlassungsfreiheit für die Bürger von Neumitgliedern

**Identität**

Grundlage Europas ist das gemeinsame kulturelle Erbe, das seinen stärksten Ausdruck in der Idee und den Traditionen des christlichen Abendlandes findet; dieses muss verteidigt werden; Europa darf nicht durch andere Religionen und Kulturen unterwandert und in seinem Wesen verändert werden/ Bewahrung der europ. Identität bedeutet auch Ablehnung der Globalisierung/ Tradition des griechisch-römischen Denkens und der christlichen Religion/ Erhaltung der Identität ist auch im Innern erforderlich: Zuwanderungsstopp für Nicht-Europäer/ nur zivilisierte Staaten können der EU angehören (→ Osterweiterung)/ Europa nur als Staatenbund, nicht als Bundesstaat

**Wirtschaft**

Europa muss wettbewerbsfähig und weitgehend autark sein; Unabhängigkeit von den USA/ Abschaffung des Euro und Rückkehr zur Deutschen Mark

**Friedensmacht**

Nationalstaaten müssen selbst für ihre Sicherheit und Freiheit sorgen/ für eine europ. Verteidigungsgemeinschaft, die die NATO ergänzt und langfristig ablöst; Aufgabe: Koordinierung der Einsätze der nationalen Streitkräfte/ der völkerrechtswidrige Überfall auf den Irak habe deutlich

	gemacht, dass alle Völker bedroht sind: europ. Völker müssen gemeinsam für Recht und Freiheit und gegen die Weltherrschaft eines Staates eintreten/ gegen einen gemeinsamen Außenminister
<b>Osterweiterung</b>	Ist ein schwerer Fehler, der rückgängig gemacht werden muss, weil kein Mindestmaß an Wirtschaftskraft vorhanden/ Polen und Tschechien sind keine zivilisierten Staaten, weil Vertreibungsdekrete noch Gültigkeit haben
<b>Türkei</b>	Sie liegt zu 97% in Asien und gehört geografisch nicht zu Europa
<b>Weitere Beitritte</b>	Zur EU gehören nur Staaten und Völker, die eine gewachsene Einheit bilden: Europa endet geografisch am Mittelmeer, am Bosphorus und am Ural; Nordafrika und Israel gehören nicht dazu, Russland als europäisch-asiatischer Staat hat eine Sonderstellung

## 7. Die Tierschutzpartei

<b>Name</b>	(Allgemeines) Wahlprogramm – nicht europaspezifisch
<b>Verfassung</b>	/
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	/
<b>Identität</b>	/
<b>Wirtschaft</b>	Förderung des zwischenstaatlichen Handels mit den, die in den jeweiligen Volkswirtschaften auch wirklich für die dort lebenden Bürger/innen benötigt werden
<b>Friedensmacht</b>	Gewaltanwendung darf nicht das Mittel politischen Handelns sein; entstehende Konflikte zw. Staaten und Staatengemeinschaften nur durch Verhandlungen lösen/ Abschaffung der Wehpflicht, Aufbau einer Berufsarmee, zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung/ präventives Vorgehen/ alle Verhandlungen und zwischenstaatlichen Vereinbarungen müssen die Rechte der Menschen und gleichgewichtig die Rechte der Tiere und der Umwelt berücksichtigen
<b>Osterweiterung</b>	/

<b>Türkei</b>	/
<b>Weitere Beitritte</b>	Befürchtung, dass eine weitere Integration und Erweiterung zu stärkerer wirtschaftlicher Konzentration und Warenproduktion führt/ gegen eine unkritische europäische Integration: bei Festschreibung europaweiter Mindeststandards in ökologischer, sozialer oder tierschützerischer Hinsicht die Möglichkeit offen lassen, auf nationaler Ebene strengere Maßstäbe anzulegen
<b>8. Die Grauen – Graue Panther</b>	
<b>Name</b>	(Allgemeines) Wahlprogramm – nicht europaspezifisch
<b>Verfassung</b>	Sie muss von den Bürger/innen getragen werden; mit parlamentarischer Kontrolle der Verwaltungen
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Europ. Regelung für eine doppelte Staatsbürgerschaft/ mehr Volksentscheide zur Gestaltung einer tatsächlichen Bürgerschaft/ Haushaltsanteil-Bestimmung durch die Bürger/innen samt Abrechnung an den bürgerlichen Souverän
<b>Identität</b>	/
<b>Wirtschaft</b>	Unmittelbare Durchsetzung der Wirtschaftsunion/ Einhaltung der Konvergenzkriterien: dauerhafte Stabilität; Abbau der Staatsverschuldung und Haushaltsdefizit-Quote; Begrenzung der Inflationsrate
<b>Friedensmacht</b>	Europ. Einbindung in eine „Welt-Friedens-Schutz-Organisation“/ gegen totalitäre Mittel zur Konfliktbewältigung
<b>Osterweiterung</b>	Beneš-Dekrete sind völkerrechtswidrig
<b>Türkei</b>	/
<b>Weitere Beitritte</b>	Aufbau einer Ost- West-Gemeinschaft: loser Verbund ohne Beitrittszwang

## 9. Nationaldemokratische Partei Deutschlands

<b>Name</b>	Europawahlprogramm (beschlossen auf dem Bundesparteitag am 3./4.10.2003)
<b>Verfassung</b>	Sie verfügt über kein Staatsvolk, es ist nur die Rede von Bewohnern, nicht von einem Volk/ gegen eine EU, für einen Europäischen Bund
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Da es weder ein europäisches noch ein EU-Volk gibt, das die völkische und demokratische Grundlage eines europäischen oder EU-Bundesstaates bilden könnte, werde die etablierte Politik scheitern/ ein gemeinsamer politischer Wille aller Europäer werde wohl für immer eine Utopie bleiben/ das Ziel eines weitestgehend „gemeinsamen europäischen Willens“ anzustreben, um die europäischen Nationen gegenüber den Machtansprüchen anderer Kulturräume (USA, Islam etc.) selbstbewusst und abwehrfähig zu machen
<b>Identität</b>	Völker Europas verstehen sich geografisch, ethnisch und kulturell als Einheit/ für einen europ. Staatenbund der Vaterländer und Völker/ Verpflichtung der Bewahrung und Weiterentwicklung dieser völkischen und staatlichen Vielfalt/ Kultur spielt für den Menschen eine wichtige Rolle: sie ist identitäts- und sinnstiftend; liefert die gemeinsame Basis/ Ethnisch seien ‚die Europäer‘ als im Menschentypus mit weißer Hautfarbe vereint, der sich - siedlungsgeschichtlich bedingt – heute auch in anderen Erdteilen finden ließe/ Allen europäischen Völkern sei gemein, dass sie ethnisch vor allem in den Stämmen griechischer, romanischer, germanischer, keltischer und slawischer Herkunft ihren Ursprung haben; die spezifischen europäischen Volkscharaktere leiteten sich aus dem unterschiedlichen Mischungsverhältnis der genannten und weiterer Stammesgruppen ab
<b>Wirtschaft</b>	Nationale Volkswirtschaften müssen über die Währungshoheit verfügen/ der Idee des ‚Wirtschaftsstandortes Europa‘ das Modell einer lebenswerten Heimat der europäischen Völker entgegenstellen/ gegen die Globalisierungsideologie/ Europäische Zentralbank müsse ihre Geldpolitik an Indikatoren ausrichten, die einen (gewichteten) Durchschnitt des Währungsgebiets darstellen
<b>Friedensmacht</b>	Europa werde nur dann ein wirkliches politisches und wirtschaftliches Gegengewicht zu den USA einnehmen können, wenn die notwendige



	europ. Kräftebündelung den Typus des europäischen Nationalstaates in diese Konzeption integriert und ihn nicht diskriminiert/ eine auf Europa bezogene ‚Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte‘ (Carl Schmitt): als ‚raumfremde Mächte‘ definiert die NPD die USA, Israel und die Türkei; Großbritannien wird eine nicht unbegrenzte Bedenkzeit über seine europäische Identität gewährt/ ‚Europäischer Verteidigungspakt (EVP)‘ hat die proamerikanische und somit europafeindliche NATO zu ersetzen und Abwehrhaltung gegenüber raumfremden Mächten verteidigungspolitisch zu unterfüttern/ Alle Beitrittsländer des Europäischen Bundes werden mit ihrem Eintritt zugleich Mitglied im EVP
<b>Osterweiterung</b>	Besondere Bedrohungslage wegen desolater Volkswirtschaften/ sie ist eine Ausweitung des Herrschaftsanspruches der Kapitalbesitzer auf weite Teile Osteuropas
<b>Türkei</b>	Länder, die stark abweichende soziale und wirtschaftliche Strukturen zu den europäischen Nationalstaaten aufwiesen, wie beispielsweise die Türkei, könnten keine Mitglieder des Europäischen Großraums werden
<b>Weitere Beitritte</b>	Vorstellungen eines Europäischen Staatenbundes schließen selbstverständlich Russland politisch und wirtschaftlich mit ein/ Sprachlich und kulturell sind neben kleineren Gruppen die europäischen Völker vor allem denen der Germanen, Romanen und Slawen zuzuordnen/ Wegen der Rohstoffarmut des Europäischen Großraums sollten bilaterale Handelsabkommen mit den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und dem Nahen Osten geschlossen werden

## 10. Die Frauen

<b>Name</b>	Positionspapier
<b>Verfassung</b>	Sie muss die Gewaltenteilung im Sinne einer repräsentativen Demokratie garantieren; und die unteilbaren Menschenrechte, die Rechte zum Schutz der Natur und die Verpflichtung zum Frieden; der erste Punkt ist nicht erreicht/ Entwurf ist ein Ergebnis patriarchaler Denkweise/ sie stellt nicht den Menschen in Vordergrund, sondern neoliberale Wettbewerbspolitik

**Bürgerschaft/  
Rolle der  
Bürger/innen**

Für eine Geschlechterdemokratie: gleiche Beteiligung von Frauen und Männern auf allen Ebenen/ „Unionsbürgerschaft“ verleihe Menschen in Europa unterschiedliche Rechte: nur Bürger/innen der MS haben das aktive und passive Wahlrecht und das Recht zur Petition sowie Schutzrechte auch im außereuropäischen Ausland/ für einen europ. zu wählenden „Rat der Zivilgesellschaft“/ für partizipative Demokratie; insbesondere regionale Partizipation mittels Anhörungen, transparente Informationen, Volksabstimmungen/ Volksbegehren und -abstimmungen sollen nach Geschlecht gesondert durchgeführt werden: ist die Gruppe der Frauen mit einer Dreiviertelmehrheit gegen die Zielsetzung einer Abstimmung, ist die Abstimmung abgelehnt, auch wenn die Gruppe der Männer mehrheitlich dafür ist (Vetorecht der Frauen)

**Identität**

**Wirtschaft**

Verfassung schreibt neoliberale Wirtschaftsform konkret vor und ließe den eigenen Anspruch, Schwächere und Ärmere zu schützen, absurd erscheinen/ neoliberale Politik erzeuge diese Unterschiede gerade durch ihre entfesselte Wettbewerbspolitik/ nicht das Prinzip einer egalitären Gesellschaft mit einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Erarbeitetem liege vor, sondern alleine die Kapitalakkumulation auf Kosten Vieler/ Die Verfassung legalisiere den Sozial-Darwinismus/ Wirtschaftspolitik national und international ist so zu gestalten, dass es eine gerechte Verteilung von Erarbeitetem und von lebenswichtigen Ressourcen gibt

**Friedensmacht**

Verfassung Sorge dafür, dass Gewalt nicht geächtet, sondern vielmehr systematisch organisiert werde/ Die Verfassung enthält nicht Verpflichtung zum Frieden, sondern zur Aufrüstung und Militärgewalt bis hin zur Durchführung von sog. „Präventiv“-Kriegen zur Durchsetzung zweifelhafter „Interessen Europas“/ systematische Organisation von Kriegen ist Bestandteil patriarchaler Ordnung/ für ein Europa, dass sich in seiner Verfassung dem Frieden nach innen und außen verpflichtet, auf Militäreinsätze verzichtet und das Gewalt in jeder Form ächtet und verhindert

**Osterweiterung**

/

**Türkei**

/

**Weitere Beitritte**

Gegen eine „Festung Europa“

## 11. Ökologisch-Demokratische Partei

<b>Name</b>	Europapolitisches Programm
<b>Verfassung</b>	Sie muss die Aufgaben der Institutionen und Gebietskörperschaften klar definieren und verteilen/ allgemeine Bürgergrundrechte festschreiben/ viele Entscheidungen würden in Zukunft nicht mehr von einem Parlament gefällt, sondern von der Europäischen Kommission, die ohne demokratische Legitimation sei/ Bundestag und Bundesrat müssen ihr mit 2/3 Mehrheit zustimmen, ansonsten fehle ihr die parlamentarische Legitimation; ohne Volksentscheid auch noch die demokratische/
<b>Identität</b>	/
<b>Wirtschaft</b>	Angleichung bei der Sozialversicherung für diejenigen, die zeitweise im EU-Ausland arbeiten/ Grundlage muss eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft sein/ Steuerharmonisierung: Mindestsatz für Einkommenssteuer
<b>Friedensmacht</b>	Regionale Konflikte (Baskenland, Nordirland, Korsika) seien nur zu lösen, wenn die ethnischen und/ oder regionalen Minderheiten nicht mehr unterdrückt würden/ Aufrüstung der MS wird durch die Verfassung gefördert/ es solle ein Verteidigungskonzept entwickelt und in der Verf. aufgenommen werden, das auf Friedenserhalt und Abrüstung basiert; kein militärischer Einsatz ohne parlamentarische Kontrolle, kein Einsatz deutscher Soldaten ohne Zustimmung des Bundestages/ Spannungen und Konflikte rechtzeitig erkennen/ Friedens- und Konfliktforschung sind auszuweiten und praktisch umzusetzen: Einrichtung entsprechender Institute und professioneller ziviler Friedensdienst in der EU schaffen, der Aufbauhilfe in von Konflikten betroffenen Gebieten leistet/ für einen EU-Außenminister/ nationale Armeen zu einer verkleinerten EU-Armee vereinen
<b>Osterweiterung</b>	Wird begrüßt, aber in den Grenzregionen drohe Schwarzarbeit und Billigkonkurrenz/ für eine zeitlich begrenzte Grenzlandförderung/ Ermöglichen einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung
<b>Türkei</b>	
<b>Weitere Beitritte</b>	EU für weitere Beitritte offen halten, nach den Kopenhagener Kriterien/ Beitrittsländer müssen auf Minderheitenschutz verpflichtet werden

## 12. Deutsche Kommunistische Partei

<b>Name</b>	Forderungen zur EU-Wahl
<b>Verfassung</b>	Sie segnet die Entwicklung der EU zu einem imperialistischen Superstaat ab; Grundentscheidungen finden noch weiter vom Bürger entfernt statt; sie macht ständige Aufrüstung zur Pflicht
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Volksabstimmung über die Verfassung/ europaweite Ausbildungsplatzgarantie/ Sicherung des kostenlosen Zuganges für alle jungen Menschen zu Schulen, Bildung und Weiterbildung/ europaweites Schüler- und Studentenstipendium/ europaweite Einführung eines Staatsbürgerschaftsrechts, das sich am Aufenthaltsort der betreffenden Menschen orientiert/ gleiches Wahlrecht für alle in der EU lebenden Menschen bei allen Wahlen
<b>Identität</b>	Aufnahme eines Bekenntnisses zu der gemeinsamen Tradition des antifaschistischen Widerstands in der EU-Verfassung
<b>Wirtschaft</b>	Beschränkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Banken und Konzerne, später deren völlige Überwindung/ Streichung der Verpflichtung der EU-Staaten auf eine kapitalistische Wirtschaftsordnung; Aufhebung des EU-Stabilitätspakts
<b>Friedensmacht</b>	Für ein grundlegend anderes Europa, Zusammenarbeit auf völlig neuer politischer und vertraglicher Grundlage; ein an den Interessen der Völker orientiertes Europa des Friedens; ein Europa der Solidarität und der Völkerfreundschaft/ Streichung aller militärischer Passagen aus der Verfassung; Auflösung aller bestehenden EU-Militärgremien/ Rückzug aller Soldaten aus EU-Staaten aus dem Einsatz in Ländern außerhalb der EU; Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion; Beseitigung aller Bindungen der EU an die NATO/ Beseitigung der Ursachen von Konflikten
<b>Osterweiterung</b>	/
<b>Türkei</b>	/
<b>Weitere Beitritte</b>	/

### 13. Deutsche Partei

<b>Name</b>	12 Punkte für die Europawahl (beschlossen am 24.2.2004 in Fulda)
<b>Verfassung</b>	DP fordert das Europa der souveränen Vaterländer, deshalb sei eine Verfassung nicht nötig
<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	Für einen Volksentscheid, Volksbefragungen bei der Entwicklung Europas/ die deutsche Sprache muss uneingeschränkt eine der offiziellen Arbeitssprachen der EU sein und bleiben
<b>Identität</b>	Die europ. Staaten und Völker gehören aus geografischer, historischer, kultureller und religiöser Sicht zusammen/ das Europa der Vaterländer müsse sich vor dem Ansturm von Millionen Menschen aus der dritten Welt schützen/ in abgestufter Form seien die Verbindungen zu anderen Wirtschafts- bzw. Kulturkreisen zu erhalten oder neu aufzubauen/ der einzelne Mensch und die einzelnen Völker Europas müssen das Recht auf ihre Identität behalten
<b>Wirtschaft</b>	Ausbeutung Deutschlands als „Melkkuh“ bei den Beitragsleistungen/ freiheitlich-marktwirtschaftliches Gesamtkonzept
<b>Friedensmacht</b>	Das Europa der Vaterländer müsse gegenüber den USA und anderen politischen Großmächten als selbstbewusste und selbständige Einheit auftreten; überzeugende Verteidigungsfähigkeit
<b>Osterweiterung</b>	Aufhebung der Vertreibungsdekrete
<b>Türkei</b>	Als nicht-europäischer und zu 99% islamisch orientierter Staat könne sie kein Vollmitglied der EU werden; aber besondere Anbindung an das Europa der Vaterländer sei möglich
<b>Weitere Beitritte</b>	Für nicht-europäische Staaten nicht möglich

### 14. Partei für soziale Gerechtigkeit

<b>Name</b>	Wahlmanifest
<b>Verfassung</b>	Sie ordnet sämtliche Aspekte der ökonomischen und sozialen Politik den Interessen der Wirtschaft unter

<b>Bürgerschaft/ Rolle der Bürger/innen</b>	PSG widersetzt sich jeder Spaltung der Bevölkerung nach nationalen, ethnischen oder religiösen Gesichtspunkten/ aktive Beteiligung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und demokratische Kontrolle/ kostenlose Bildung
<b>Identität</b>	
<b>Wirtschaft</b>	Europa der Banken und Konzerne werden die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegengesetzt/ der freie Markt bietet keine Antwort auf die drängenden Probleme der Menschheit/ für eine sozialistische Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens/ staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm
<b>Friedensmacht</b>	Opposition gegen Krieg nicht den Regierungen überlassen/ sofortige Auflösung der NATO und Schließung aller amerikanischer Basen auf europäischem Boden
<b>Osterweiterung</b>	Verschärft die soziale Krise, das Gefälle wächst; geht zu Lasten der ärmeren Regionen Westeuropas
<b>Türkei</b>	Ablehnung, solange der Einigungsprozess von den Profitinteressen der Wirtschaft bestimmt wird
<b>Weitere Beitritte</b>	Ablehnung, solange der Einigungsprozess von den Profitinteressen der Wirtschaft bestimmt wird

## 15. Weitere Parteien

Es wurden diejenigen Parteien nicht aufgenommen, die keine Aussagen zu Europa haben. Es gibt Parteien, die über ein allgemeines Programm verfügen, das in Unterpunkten zu Europa Stellung nimmt; diese Positionen wurden in die Synopse übernommen. Eine unrühmliche Ausnahme, gänzlich ohne jegliches Programm, ist die Partei „Deutschland Ab jetzt...Bündnis für Deutschland“. Eine weitere Partei, die ohne dezidiert europapolitische Aussagen den Wahlkampf bestritten hat, ist die Partei Bibeltreuer Christen; bei ihnen findet sich lediglich die Forderung, nach der Erwähnung Gottes in der Präambel der neuen Europäischen Verfassung. Ebenso verhält es sich mit der „Christlichen Mitte – Für ein Deutschland nach Gottes Geboten“. Aus ihrem Grundsatz-Programm haben sie die europarelevanten Themen herausgenommen: gegen einen Beitritt der Türkei, weil dies zu

einer Islamisierung Europas führe. In dieses o.g. Schema lassen sich die Thesen der Bürgerrechtsbewegung Solidarität nicht einordnen und bleibt daher unerwähnt. Bei der Zentrumsparlei ließen sich lediglich zwei Themen aufspüren: Die europ. Verfassung brauche dringend einen eindeutigen Gottesbezug; zum anderen schlägt die Zentrumsparlei die Einführung eines Erziehungsgebhalts vor: 1000 EUR monatlich für jeden Erziehenden mit einem Kind, 600 EUR für jedes weitere Kind: das müsste versteuert werden, reduziere die Zahl der Arbeitslosen um 1,6 Mio. und weil die Erziehenden ihren Arbeitsplatz nicht mehr in Anspruch nähmen; für über 350 Tausend Alleinerziehende entfiere die Sozialhilfe. Zu den anderen Punkten gab es aber keine eindeutig europäischen Konzepte. Die Aktion der unabhängigen Kandidaten entbehrt ebenfalls eines Programms zur Europawahl. In kurzen und knappen Sätzen formulieren sie ihre Standpunkte: für mehr Bürgerbeteiligung, Volksentscheide (auch über die EU-Verfassung), für den Erhalt der heimatlichen Kulturen, für ein einheitliches, einfaches Steuersystem, ausgeglichene Staatshaushalte, eine friedliche Konfliktlösung und eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik. Und letztlich stellt sich auch die Familien-Partei Deutschlands mit ihrem Grundsatzprogramm zur Wahl, in dem von Europa keine Rede ist.

### **III. Europawahlkampf-Praxen 2004**

#### **Wahlkämpfe:**

**CDU** (Termin: 4.6.) Anwesende: ca. 400

Die Redezeit des EP-Kandidaten Hans-Gert Pöttering betrug 20 Minuten, während Angela Merkel fast 50 Minuten sprach.

Themen Pöttering:

Europa ist wichtig für die Regionen, kann hier eine Menge bewirken, die Stabilitätskriterien müssen eingehalten werden und andernfalls konsequent blaue Briefe verteilt werden. Die zehn neuen MS bereichern Europa durch ihre kulturelle Vielfalt. Bei seiner Reise durch die neuen Länder in Mitteleuropa besuchte er das Denkmal für die Schlacht von Austerlitz – so etwas dürfe es nie wieder geben, Europa müsse zu einer Friedensmacht werden.

Ja zur Verfassung, aber das Bekenntnis zu den christlichen Werten müsse unbedingt mit hinein.

Für mehr Transparenz im Ministerrat, Abstimmungsverhalten müsse öffentlich gemacht werden; die Kommission müsse nach dem Ergebnis der EP-Wahlen besetzt werden: wenn die Fraktion der Europäischen Volksparteien wieder die Mehrheit im Parlament stellt, habe sie auch ein Anrecht auf die Wahl des Kommissionspräsidenten.

Themen Merkel:

Europa ist wichtig, weil 60% der Gesetze des Bundestages auf Europa zurückgehen. Außerdem solle man wählen gehen, weil das EP an Einfluss gewonnen habe.

Probleme, die wir mit den 10 neuen MS haben, dürften nicht unter den Tisch gekehrt werden. Es gäbe durchaus Ängste in der deutschen Bevölkerung, die man ernst nehmen müsse. Deutschland habe in Europa die rote Laterne, deshalb müsse wieder Wohlstand geschaffen werden.

Zur Erklärung der Bürokratie und der damit verbundenen Handlungsunfähigkeit, aber auch eines Bremsens in der Wirtschaft nannte sie die Entwicklung einer Chemikalienrichtlinie.

Forderung: einfaches Steuersystem, in dem jeder den gleichen Steuersatz zahlt wie in der Slowakei zum Beispiel.

Der Rest bezog sich auf nationale Themen, wenn auch der zeitlich größte Anteil: Ausbildungsplatzabgabe verhindern, Sicherheit bei den Renten, Unzuverlässigkeit bei der rot-grünen Bundesregierung, für mehr Sicherheit, Freiheit und Zuwanderung, wo sie wirtschaftlich notwendig ist.

Zuwanderung dürfe es nur unter zwei Bedingungen geben: erstens, die Sprache müsse erlernt werden, und zweitens müsse sich der Zuwanderer zu den hier geltenden Werten bekennen (großer Applaus). Nach einem kurzen Ausflug zum Thema Hassprediger und Mehdi Kaplan folgten die Schlussworte: Europa kann Sicherheit besser, wie man an Europol sehe, und ein Beitritt der Türkei lieber später. Und: Ein Aufruf, am Sonntag wählen zu gehen, und möglichst viele seiner Freunde mitzunehmen.

Fazit:

Der EP-Kandidat stand im Hintergrund, ebenso seine europapolitischen Themen. Warum man gerade die CDU fürs EP wählen solle, wurde nicht vermittelt, nur, dass man eben wieder die stärkste Fraktion bilden wolle.



**Bündnis 90/ Die Grünen** (Termin: 10.6.) Anwesende: ca. 800

Die Redezeit von Helga Trüpel und Rebecca Harms betrug jeweils etwa zehn Minuten, während Joschka Fischer 30 bekam.

Themen Trüpel:

Für ein ökologisches Europa, sie wolle sich im EP für Menschenrechte, Ökologie und Zuwanderung stark machen.

Rebecca Harms:

stärker landwirtschaftlich orientierte Themen verbunden mit Ökologie

Themen Fischer:

Zuwanderung ist zu befürworten, es soll nicht nur ein Studium hier ermöglicht werden, sondern auch, hier anschließend zu arbeiten. In der Irakfrage habe sich im Nachhinein die Position der Bundesregierung als die Richtige erwiesen. Osterweiterung ist eine große Sache.

Türkeibeitritt ja, weil sich dort in letzter Zeit viel in Sachen Menschenrechte und Kurdenfrage getan habe (Abschaffung der Todesstrafe, Freilassung kurdischer Gefangener, Rückzug des Militärs aus dem Zivilleben).

Auch in der Globalisierung gelte: alle Menschen sind gleich – wir müssen mit dem Ökosystem sorgsam umgehen; daher setzen sich die Grünen für erneuerbare Energien ein. Die Verfassung ist notwendig, man wolle sich auf dem Gipfel am 17./18. Juni in Brüssel für diese Verfassung einsetzen. Forderung: der Kommissionspräsident müsse politisch verantwortlich sein.

Aufruf, am Sonntag wählen zu gehen.

**PDS** (Termin: 24.5.) Anwesende: ca. 50

Wahlkampfveranstaltung war eher „diskursiv“ aufgebaut. Der Landesvorsitzende der Bremer PDS Klaus-Rainer Rupp unterhielt sich erst mit der Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch über ihre Arbeit im Bundestag, und was die PDS dort machen könne und welche Hoffnungen von Seiten der zwei Abgeordneten auf der EP-Wahl ruhen. Das gleiche Prinzip wurde dann mit dem Kandidaten Jan Korte (Ersatzkandidat für Platz 2 aus Hannover) durchgeführt, der in einem kämpferisch geführten Gespräch seine Positionen

darlegte. Themen: Hochschulpolitik, die Verfassung verändere die MS zur Erhöhung ihrer Militärausgaben, gegen den Sozialabbau.

Bemerkenswert ist das Verhältnis zu den eigenen Programmen zu den Europawahlen: die PDS hatte davon drei Stück am Wahlstand, orderte aber noch schnell welche nach, während die CDU grundsätzlich zu diesen Veranstaltungen ohne Programme fahre, so eine Mitarbeiterin, das sei nur Ballast, und dafür interessieren wolle sich niemand; immerhin kann man das Programm auf Nachfrage auch schnell zugeschickt bekommen. Dabei gäbe es übrigens keinen Unterschied in der Nachfrage nach Programmen bei Bürgerschaftswahlen in Bremen. Der Wahlstand der Grünen wiederum war ausreichend mit Programmen versorgt.

Bei keiner der drei Veranstaltungen wurde ein Aufruf gestartet, Europa als Chance wahrzunehmen, Sprachen zu erlernen, im Ausland arbeiten zu können, kulturellen Austausch betreiben zu können – bei der Rede Joschka Fischers wurde im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz erwähnt. Die nationalen Oppositionsparteien sehen das EP als Möglichkeit, den regierenden Parteien einen Denkmittel zu verpassen (bei der PDS geht dieser Denkmittel gegen Schröder, Fischer, März und Merkel) und nationale Entscheidungen kippen zu können oder im Vorfeld verhindern zu können, vor allem in der Sozialgesetzgebung (natürlich kämen PDS und CDU dabei zu unterschiedlichen Forderungen). Die PDS sieht darüber hinaus auch noch die Möglichkeit, im EP am Verfassungsvertrag mitzuarbeiten und so gestalterisch zu wirken. Ebenso wurde hier die Forderung laut nach Plebisziten.

Die Prognose, dass Europa-Wahlen der Abrechnung mit den regierenden Parteien dienen, hat sich auch dieses Jahr wieder gezeigt. Auch wenn viele Programme ambitioniert und inhaltsreich europäische Themen aufgriffen, so wurde vieles in den Wahlkämpfen, oder bei kleineren Parteien in Wahlspots, zunichte gemacht.

## Quellen:

### **Bündnis 90/ Die Grünen:**

[http://www.eurogreens.org/cms/default/dokbin/7/7227.europawahlprogramm\\_buendnis\\_90die\\_gruene@de.pdf](http://www.eurogreens.org/cms/default/dokbin/7/7227.europawahlprogramm_buendnis_90die_gruene@de.pdf)

**CDU:** [http://www.cdu.de/europa\\_2004/europa-manifest/22\\_03\\_04\\_europamanifest.pdf](http://www.cdu.de/europa_2004/europa-manifest/22_03_04_europamanifest.pdf)

**CSU:** [http://www.csu-ingolstadt.de/programm\\_europa2004.pdf](http://www.csu-ingolstadt.de/programm_europa2004.pdf)

**Deutsche Partei:** [http://www.deutschepartei.de/12\\_Punkte\\_zur\\_Europa.325.0.html](http://www.deutschepartei.de/12_Punkte_zur_Europa.325.0.html)

**DKP:** <http://www.dkp-online.de/euwahl04/doku/aufruf.pdf>

**ELDR:** <http://admin.fdp-europawahl.de/uploads/10/German.pdf>

**Europäische Linke:** <http://sozialisten.de/sozialisten/el/programm.htm>

**EVP-ED:** [http://www.europeaspp.com/img/pdf/prioridades\\_aleman.pdf](http://www.europeaspp.com/img/pdf/prioridades_aleman.pdf)

**FDP:** [http://admin.fdp-europawahl.de/uploads/10/wahlprogramm\\_europawahl.pdf](http://admin.fdp-europawahl.de/uploads/10/wahlprogramm_europawahl.pdf)

**Frauen:** <http://www.feministischepartei.de/eu04.doc>

**Graue:** <http://www.die-grauen.de/antrag/20punkte.htm#20>

**NPD:** [http://www.npd.de/npd\\_dokumente/2004/npd\\_europaprogramm.pdf](http://www.npd.de/npd_dokumente/2004/npd_europaprogramm.pdf)

**ÖDP:** <http://www.oedp.de/europawahlprogramm/>

**PDS:** <http://sozialisten.de/wahlen2004/wahlprogramm/langfassung/index.htm>

**PSG:** <http://www.gleichheit.de/europe04/index.php?topnav=statements&subnav=europe&lang=de>

**Republikaner:** <http://www2.rep.de/index.aspx?ArticleID=cee5f1f8-767a-4672-9fc3-6efbfe9e6a3c>

**SPD:** <http://www.europakampa.de/servlet/PB/show/1440820/manifest-europawahl-071103.pdf>

**SPE:** <http://www.pes.org/upload/Publications/85DEDE,%20PES%20manifesto.PDF>

**Tierschutzpartei:** [http://www.tierschutzpartei.de/downloads/files/mut\\_wahlprogramm.pdf](http://www.tierschutzpartei.de/downloads/files/mut_wahlprogramm.pdf)

**Unabhängige Kandidaten:** <http://www.unabhaengige-kandidaten.de/index2.htm>

[http://www.corriere.it/Primo\\_Piano/Politica/2004/06\\_Giugno/11/sms.shtml](http://www.corriere.it/Primo_Piano/Politica/2004/06_Giugno/11/sms.shtml)

<http://www.easington.gov.uk/news/All-postalvotingforEuropeanParliamentelections.asp>

<http://politics.guardian.co.uk/elections2004/tables/0,14549,1234741,00.html>

<http://admin.fdp-europawahl.de/uploads/10/eurosynopse.pdf>

[http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte04\\_04.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte04_04.pdf)